

Ergebnisse des Workshops „Situation von Arbeitsmigrant/inn/en aus Südosteuropa im Landkreis Oldenburg“

am 04. September 2018 in Großenkneten

Dokumentation

Zuwanderung prägt den Landkreis Oldenburg. Arbeitsmigrant/inn/en aus Südosteuropa (Bulgarien, Polen, Rumänien) sind zahlenmäßig die größte Gruppe von Zugewanderten im Landkreis. Über die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeitsmigrant/inn/en haben wir nur ausschnittshafte Kenntnisse.

Aus diesem Grund veranstaltete der Bereich Integration, Landkreis Oldenburg, einen Workshop zu diesem Thema und lud Fachkräfte aus der Verwaltung, den Schulen, Kindertagesstätten, aus Beratungsstellen, der Jugendarbeit und von Weiterbildungsträgern als Expertinnen und Experten mit dem Ziel ein, das Wissen, das die Fachkräfte aus Kontakten mit dieser Zuwanderungsgruppe haben, zusammenzutragen und eine Bestandsaufnahme zu erstellen. Der Workshop sollte ebenfalls dazu beitragen, die Akteure untereinander besser zu vernetzen, dringende Herausforderungen zu erkennen und Handlungsempfehlungen zu entwickeln. Die Ergebnisse des Workshops sollten im Anschluss von den Veranstalterinnen dokumentiert werden.

An dem Workshop nahmen 40 Personen teil. Sie wurden an vier Thementischen gruppiert. Am grünen Tisch ging es um das Thema „Familie“, am roten Tisch um das Thema „Arbeit“, am gelben Tisch um die Themen „Wohnen und Leben“ und am blauen Tisch um „Schule und Bildung“. Die Teilnehmenden trugen ihre Fachkenntnisse themenzentriert zusammen und hielten sie in Stichworten fest.

Um eine erste Bestandsaufnahme zur Situation von Arbeitsmigrant/inn/en aus Südosteuropa im Landkreis Oldenburg zu erhalten, wurden die Aussagen der Thementische in der Nachbetrachtung unter zentralen Kategorien gebündelt und werden im Folgenden dargestellt.

1 Erste Bestandsaufnahme

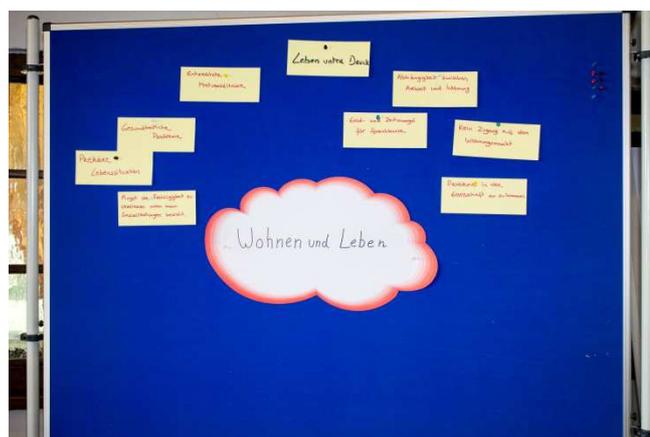
Als Branchen, in denen diese Zuwanderungsgruppe beschäftigt ist, wurden die Fleischverarbeitung, die Landwirtschaft (häufig Erntehelfer) und das Baugewerbe identifiziert.

Die Arbeitsverhältnisse sind überwiegend als prekäre Beschäftigungen einzustufen, d. h. es handelt sich häufig um Leiharbeit, um Beschäftigungen über Subunternehmen und Kettenbefristungen. Schichtdienst und Nachtarbeit (z. B. bei Ausstellern) sind normal. Die Prekariät und Planungsunsicherheit der Arbeitsverhältnisse zeigt sich besonders deutlich bei Arbeitseinsätzen auf Abruf. Neben gesundheitlichem Verschleiß durch anstrengende körperliche Arbeit berichteten die Teilnehmenden des Workshops auch über Rassismus, Sexismus und Mobbing am Arbeitsplatz.

In der Kategorie Arbeitsrecht haben die Fachkräfte Kenntnis von Fällen, in denen die gesetzliche Arbeitszeit überschritten wird (tägliche Arbeitszeit bis zu 15 Stunden) sowie von Abrechnungsbetrug in der Form, dass z. B. der letzte Lohn nicht gezahlt wird oder nicht alle geleisteten Arbeitsstunden vergütet werden. In der arbeitsrechtlichen Beratungspraxis hören die Mitarbeiter/innen von unrechtmäßigen Lohnabzügen, Vermittlungsgebühren, Geldstrafen, Zwangsurlaub und unrechtmäßigen Kündigungen bei gesundheitlichen Problemen. Auch von Mindestlohnverstößen bei Erntehelfern wurde berichtet.



Präsentation Thementisch „Arbeit“



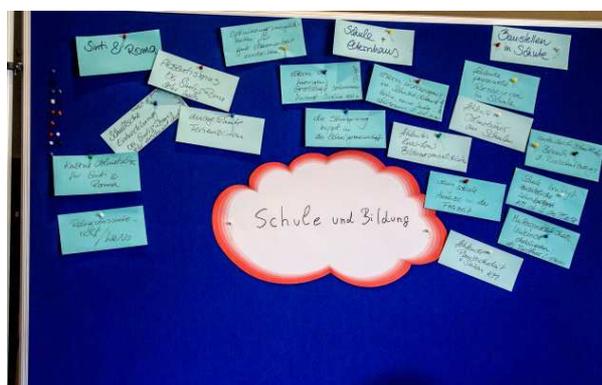
Präsentation Thementisch „Wohnen und Leben“

Die Interdependenz von Arbeit und Wohnung, also die Kopplung der Unterkunft an das bestehende Beschäftigungsverhältnis, bedeutet eine hohe Abhängigkeit vom Arbeitgeber. Workshop-Teilnehmende kritisierten ebenfalls das Bestehen entrechteter Mietverhältnisse in Form von Untermietverhältnissen ohne Mietvertrag. Neben fehlendem Kündigungsschutz können dadurch auch Unterstützungsleistungen wie Wohngeld oder Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket nicht in Anspruch genommen werden.

Der Zugang zum Gesundheitssystem ist für die Zuwanderungsgruppe erschwert. Teilnehmende legten dies an den Beispielen der Hebammenbetreuung und Impfungen dar. In ergänzenden Beiträgen führten sie aus, dass Hygieneprobleme in den Familien mit schweren Beeinträchtigungen der Zahngesundheit einhergehen. Die Fachkräfte wiesen auf ungesunde Ernährung hin, in der ein hoher Zuckergehalt als Ausdruck von Wohlstand gilt.

Zur Elternarbeit berichteten die pädagogischen Fachkräfte von fehlenden Zugangsmöglichkeiten zu einem Teil der Familien und einzelnen Problemfällen von Eltern, bei denen wenig Bereitschaft besteht, sich für das Kind einzusetzen. Sie äußerten auch, dass das Interesse der Eltern an Bildungsangeboten gering ist. Andere Teilnehmende betonten, dass die Mitarbeit der Eltern stark durch den Bildungshintergrund beeinflusst wird. Da die Zuwanderungsgruppe jedoch überwiegend im Schichtdienst tätig ist und kaum Deutsch sprechen kann, erhalten die Kinder wenig Unterstützung in ihrer Bildungsbiografie. Weder können die Eltern bei den Hausaufgaben helfen noch haben sie das Know-How über Bildungswege und -möglichkeiten. Die Fachkräfte erwähnten auch fehlende soziale Anreize in der Freizeit der Familien.

Ein großes Problem, das die Pädagog/inn/en wahrnehmen, ist die wachsende Unzufriedenheit unter nicht zugewanderten Eltern in Bildungseinrichtungen mit einem hohen Anteil von Kindern nicht deutscher Muttersprache mit der Konsequenz, dass die Stimmung in der Schulgemeinschaft zu kippen droht.



Präsentation Thementisch „Schule und Bildung“



Präsentation Thementisch „Familie“

Den unterdurchschnittlichen Besuch des Realschulzweiges von Kindern der Zuwanderungsgruppe werteten die Workshop-Teilnehmenden als eine der Baustellen in der Schule. Am Beispiel des Religionsunterrichts legten die Pädagog/inn/en dar, dass das Lehrkräftebudget nicht ausreicht. Zugewanderte Schülerinnen und Schüler, die durch die Eltern vom Religionsunterricht abgemeldet wurden, müssen im Unterrichtsraum von der unterrichtenden Lehrkraft gleichzeitig beaufsichtigt werden. Hier sahen die Teilnehmenden das Kultusministerium gefordert. An Schulen und Kindertagesstätten mit hohem Anteil von Kindern nicht deutscher Muttersprache fehlen den Fachkräften Dolmetscher direkt vor Ort, um zeitnah und flexibel auf Probleme reagieren zu können. Das Angebot eines muttersprachlichen Unterrichts sehen sie als Türöffner für zugewanderte Eltern.

Als besondere Gruppe unter den zugewanderten Menschen aus Südosteuropa bezeichneten die pädagogischen Fachkräfte Sinti und Roma. Sie berichteten, dass der Schulabsentismus bei dieser Minderheit sehr hoch ist und die Ferienzeiten über die Schulferien hinaus ausgedehnt werden. Die schulische Entwicklung der Kinder sehen sie aufgrund der

fehlenden Unterstützung der Eltern besonders erschwert. Workshop-Teilnehmende schlugen vor, Kulturdolmetscher für Sinti und Roma zu etablieren.

Solidarität innerhalb der eigenen Herkunftsgruppe stellt ein großes Selbsthilfepotenzial dar. Einige Teilnehmende äußerten sich dahingehend, dass wenig Gemeinschaft zwischen den Familien der Zuwanderungsgruppe besteht. Von anderen wurden Beispiele für solidarisches Handeln angeführt. Die Fachkräfte berichteten von eigenen Hilfesystemen der zugewanderten Menschen, die sie jedoch als kriminelle Systeme bezeichneten, bei denen eigene Landsleute für Übersetzungen, Transporte oder sonstige Leistungen Geld einfordern.

Der Aspekt Sprache schließlich durchzieht alle Themen und Kategorien. Unzureichende Deutschkenntnisse, Geld- und Zeitmangel für Sprachkurse führen zu Problemen, in der Gesellschaft anzukommen, indem sie alle Teilhabechancen blockieren. Die fehlende Beherrschung der Sprache der Aufnahmegesellschaft verschließt den Zugang zum Wohnungsmarkt, zum Gesundheitssystem und sozialen Unterstützungsleistungen oder Hilfeangeboten in hohem Maße.

Im Workshop wurde deutlich herausgearbeitet, dass die zugewanderten Menschen aus Südosteuropa in strukturell prekären Lebenslagen stehen und starken Zwängen unterworfen sind. Während der ersten fünf Jahre ist ihr Aufenthaltsrecht an die Sicherung ihres Lebensunterhalts und damit an ein Beschäftigungsverhältnis geknüpft. Die Kontrolle der Arbeitgeber durch öffentliche Stellen scheint nicht ausreichend. Mangelhafte Deutschkenntnisse verstärken die soziale und gesellschaftliche Isolierung der Arbeitsmigrant/inn/en. Die zusätzliche Abhängigkeit durch vom Arbeitgeber vermittelte oder gestellte Unterkünfte bedeutet im Falle einer Kündigung nicht nur den Verlust der Arbeit, sondern auch der Wohnmöglichkeit. Mitarbeiter/innen der Beratungsstellen wiesen darauf hin, dass zum Teil auch der Krankenversicherungsschutz mit dem Arbeitsvertrag gekündigt wird. Die hohe Beschäftigten-Fluktuation, z. B. in der fleischverarbeitenden Industrie, lässt den Arbeitsmigrant/inn/en kaum Spielraum, eigene Ansprüche durchzusetzen, sondern erhöht ihre Erpressbarkeit. Fehlende Kenntnisse der eigenen Rechte (z. B. der Erwerb von Rentenansprüchen oder die Angst, die Freizügigkeit bei Sozialleistungsbezug zu verlieren) und bei Teilen der Zugewanderten auch die Scham, öffentliche Gelder zu beantragen, wurden als zusätzliche Hindernisse genannt.

2 Handlungsempfehlungen der Fachkräfte

Nach Abschluss der Bestandsaufnahme an den Thementischen wurden Ideen und Vorschläge dazu, wie die nächsten Schritte aussehen könnten, zunächst in der Gesamtgruppe zusammengetragen, mit Stichworten notiert und diskutiert.

So entstand eine umfangreiche Sammlung von Anregungen zum weiteren Vorgehen, die in einem zweiten Durchgang von den Fachkräften mit Hilfe einer Punktevergabe priorisiert wurden.



Ideensammlung und Priorisierung

Spitzenreiter ist die Information von Politik und Öffentlichkeit. Dieser Aufgabe kommt aus Sicht der Workshop-Teilnehmenden höchste Priorität zu. Es geht darum, dass die Problematiken, die im Workshop herausgearbeitet wurden, sichtbar und publik werden, und zwar nicht nur einer breiteren Öffentlichkeit, sondern besonders den gewählten politischen Vertreterinnen und Vertretern.

Bildungseinrichtungen, die einen hohen Anteil von Kindern mit nicht deutscher Muttersprache betreuen, sehen sich für die Herausforderungen ihrer Arbeit nicht ausreichend ausgestattet. Die pädagogischen Fachkräfte in „Brennpunkt“-Einrichtungen berichteten von Betreuungsschlüsseln, die seit zwanzig Jahren nicht angepasst wurden und struktureller Überlastung. Hinzu kommt der Mangel an qualifiziertem Personal, der es erschwert, freie Stellen zu besetzen. Mehr Dolmetscher, Pädagogen und Personal halten sie jedoch für unverzichtbar, um eine gute Sprach- und Entwicklungsförderung von Kindern nicht deutscher Muttersprache sowie Elternarbeit leisten zu können.

Den Workshop-Teilnehmenden ist es ein großes Anliegen, dass die Ergebnisse des Workshops nicht verpuffen, sondern zukünftig auf den Resultaten aufgebaut werden kann. Sie wünschen eine Dokumentation und kontinuierliche Weiterentwicklung der Arbeit. In diesen

Kontext gehört auch die (Weiter-)Entwicklung des Integrationskonzepts durch den Landkreis und die institutionalisierte Vernetzung der Fachkräfte in Kooperation mit dem Landkreis wie im Workshop erstmalig geschehen.

Neben der Forderung nach einem flächenübergreifenden Sozialen Wohnungsbau spielt auch der Einbezug weiterer Akteure für die Teilnehmenden eine Rolle – die fleischverarbeitenden Betriebe (Appell an die soziale Verantwortung), die Landesschulbehörde und die Betroffenen selbst.

3 Ausblick

Um zu klären, wie eine sinnvolle Vorgehensweise aussehen kann, haben die Veranstalterinnen die Vorschläge der Fachkräfte im Nachgang neu sortiert und Akteuren bzw. Themenschwerpunkten zugeordnet. Welche Aufgaben liegen beim Landkreis Oldenburg bzw. Team Integration und welche Aufgaben sind anderen Themen- und Akteursgruppen anzugliedern (vgl. Schaubild, Seite 7)?

Die Hausspitzen der Landkreisverwaltung werden von den Veranstalterinnen umfassend über die Ergebnisse des Workshops informiert. Außerdem dokumentieren die Moderatorinnen die Veranstaltung schriftlich/fotografisch zur Information der Teilnehmenden und weiterer Akteure sowie zur Ergebnissicherung. Die Dokumentation stellt die Fortschreibung des Handlungskonzepts Integration (Offenes Konzept für den Landkreis Oldenburg) dar.

Der Bereich Integration ist daran interessiert, auch zukünftig Vernetzungstreffen in ähnlicher oder anderer Form zu initiieren. Der Workshop zeigte, dass die Fachkräfte zwar Kenntnis über die Situation von Arbeitsmigrant/inn/en aus Südosteuropa bezogen auf ihr eigenes Fachgebiet haben, jedoch nicht darüber hinaus. Vielen Teilnehmenden aus den Kindertagesstätten oder Schulen z. B. waren die konkreten Arbeitsbedingungen der Zuwanderungsgruppe nicht hinreichend bekannt. In dieser Hinsicht konnten die Perspektiven der Fachkräfte im Workshop erweitert und ein breiteres Verständnis für die Situation der Arbeitsmigrant/inn/en erzielt werden. Auch die Hilfe- und Unterstützungsmöglichkeiten für die Zugewanderten (kostenfreie arbeitsrechtliche Beratung, Hilfe beim Wohngeldantrag) sind nicht allen Fachkräften gleichermaßen geläufig. Eine Vernetzung kann deshalb auch erheblich dazu beitragen, dass im Landkreis vorhandene Hilfeangebote besser genutzt werden.

Die Verwaltung informiert den Fachausschuss (Integrations- und Gleichstellungsausschuss) am 20.11.2018 über die Ergebnisse des Workshops, damit die politischen Vertreter/innen über die weiteren Schritte beraten können.



Aufgabenfelder und Handlungsempfehlungen